

Strassen und Verkehr spalten das Parlament

Die Positionen zur Strassen-Initiative sind bezogen – Rot-Grün dafür, Bürgerliche dagegen

Von Markus Vogt

Basel. So gespalten wie die vorbereitende Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Uvek) ist auch der Grosse Rat selbst. Auf der einen Seite treten SP, Grünes Bündnis und Grünliberale für die Strassen-Initiative ein, die explizit den Schutz des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs vor vermeidbaren Behinderungen und Gefährdungen verlangt und fordert, diese Verkehrsarten zu bevorzugen. Auf der anderen Seite wehren sich die bürgerlichen Parteien SVP, FDP, LDP und CVP gegen diese Initiative, die sich gegen den Autoverkehr richtet.

Der Regierungsrat hatte zur Strassen-Initiative einen Gegenvorschlag

ausgearbeitet, die Uvek hat darauf einen eigenen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Zur Diskussion stehen heute Morgen – das Geschäft wurde gestern begonnen, blieb aber in der Eintretensdebatte stecken – die Strassen-Initiative und der Gegenvorschlag der Uvek dazu. Zum Gegenvorschlag steht aber nur die Mehrheit der Kommission, das heisst SP, Grünes Bündnis und Grünliberale; die Minderheit (alle Bürgerlichen) sagt Nein dazu.

Das Volk wird entscheiden

Rot-Grün möchte nun Initiative und Gegenvorschlag dem Volk zur Abstimmung unterbreiten, mit der Empfehlung, beide anzunehmen und in der Stichfrage für den Gegenvorschlag zu

stimmen. Die Bürgerlichen wollen ebenfalls eine Volksabstimmung, lehnen aber sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag ab.

Uvek-Präsident Michael Wüthrich (GB) bezog für die Kommissionmehrheit Stellung und verwies auf die Verfassung und das Umweltschutzgesetz, in denen die Ziele der Initiative eigentlich schon drinstünden. Kommissions-Vize Heiner Vischer (LDP) erklärte für die Minderheit, es sei nicht so, dass in Basel zu wenig für die Velofahrenden gemacht werde, im Gegenteil. «Basel ist nicht velounfreundlich, das zeigen Studien», meinte Vischer. Die bestehende Strassenhierarchie müsse erhalten bleiben, damit der Autoverkehr nicht in die Quartiere ausweichen könne. Die Initia-

tive richte sich auch gegen das Gewerbe, das auf das Auto angewiesen sei.

Bau- und Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels verwies darauf, dass Basel-Stadt vor einigen Jahren die Städte-Initiative angenommen habe, die die Reduktion des Autoverkehrs um zehn Prozent verlangt. Dieses Anliegen sei zu erfüllen. «Wir haben da einen Volksauftrag», sagte Wessels.

Unterstützung fand der Regierungsrat bei Jörg Vitelli (SP) und Anita Lachenmeier (GB), ablehnend äusseren sich Remo Gallacchi (CVP), der sich insbesondere für das Gewerbe einsetzte, und Helmut Hersberger (FDP), der «an der bewährten Verkehrsordnung nicht schräubeln» will. Die Debatte wird heute fortgesetzt.